

Pressemitteilung

Gewerkschaft warnt vor pauschaler Schließung

Lockdown für Gastronomie in NRW: „Politik darf Branche nicht opfern“

Düsseldorf, 28. Oktober 2020

Mit Blick auf die heutigen Bund-Länder-Beratungen zum weiteren Vorgehen in der Coronakrise warnt die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) vor massiven Folgen für die Gastronomie in Nordrhein-Westfalen. *„Die Landesregierung muss sich die Lage in der Branche genau anschauen, bevor sie sich für eine komplette Schließung entscheidet. Zahlen des Robert Koch-Instituts zeigen, dass Gaststätten und Restaurants zuletzt keine Infektionsherde waren – im Gegensatz etwa zu privaten Feiern“*, so NGG-Landesvorsitzender Mohamed Boudih.

Der Gewerkschafter ruft die Politik auf, zu differenzieren, anstatt zu pauschalisieren. Es müsse unterschieden werden zwischen Bars, Kneipen und Diskotheken auf der einen Seite – und Speisegaststätten und Restaurants auf der anderen Seite. *„Wenn etwa der Stammtaliener die Abstands- und Hygienevorschriften strikt einhält, dann ist das Infektionsrisiko sehr gering. Anders kann es in Fußballkneipen aussehen, in der sich samstags Fans beim Bier treffen“*, unterstreicht Boudih.

Einen erneuten Lockdown für das gesamte Gastgewerbe könnten viele der landesweit rund 28.000 Betriebe mit ihren mehr als 330.000 Beschäftigten nicht verkraften. *„Niemand will, dass Gaststätten wie in Ischgl zum Corona-Hotspot werden. Aber die Politik muss abwägen, wo Schließungen wirklich Sinn machen. Es darf keine ganze Branche pauschal geopfert werden“*, so die NGG. Boudih verweist auf die langfristigen Folgen. Wenn ein Großteil der Gastronomiebetriebe pleitegehe, dann seien viele Arbeitsplätze in Gefahr und auch die Innenstädte veränderten sich. Diese litten bereits unter der Krise im Einzelhandel.

Mit der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht, Soforthilfen sowie der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes hätten Bund und Länder dem Gastgewerbe zwar bereits geholfen. *„Doch die Mittel werden nicht ausreichen, damit die Branche den Winter übersteht. Hier muss deutlich nachgelegt werden. Andernfalls drohen ein Gastro-Sterben und eine Entlassungswelle historischen Ausmaßes“*, so Boudih weiter.

Das Robert-Koch-Institut (RKI) geht in einem aktuellen Lagebericht davon aus, dass Speisegaststätten „keine Treiber der Pandemie“ sind. Nach einem Bericht der „Bild“-Zeitung soll das RKI darüber auch Kanzlerin Merkel und die Chefs der Staatskanzleien in den Ländern informiert haben.